

Armutsgefährdung in Niedersachsen im Jahr 2016

Die wichtigsten Ergebnisse für 2016

Die Armutsgefährdungsquote Niedersachsens stieg im Jahr 2016 sehr leicht auf 16,0 % an. Damit lag sie um 0,1 Prozentpunkte höher als im Vorjahr und 1 Prozentpunkt höher als 2011. Zudem erweist sich die Quote im langfristigen Zeitvergleich seit 2005 als höchster jemals gemessener Wert. Das Jahr 2010 stellt einen Wendepunkt der Entwicklung dar. Von 2005 bis zu diesem Jahr ging die Armutsgefährdung in Niedersachsen wie auch deutschlandweit zurück. Seitdem aber nahm die Gefährdungsquote fast kontinuierlich zu. Besonders auffällig ist, dass seit einigen Jahren die Armutsgefährdung für Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit abnimmt, während sie für Nichtdeutsche steigt.

Die Quote lag in Niedersachsen 2016 um 0,3 Prozentpunkte höher als im Bundesdurchschnitt von 15,7 %. Dieser blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert. Fast ein Sechstel der Bevölkerung bzw. 1 254 000 Menschen waren damit im Lande von Armut bedroht. Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2016 in Niedersachsen für einen Einpersonenhaushalt bei 953 Euro; bundesweit lag der Schwellenwert bei 969 Euro.

Methodische Vorbemerkungen

Die Armutsgefährdungsquoten werden – ebenso wie die Reichtumsquoten – von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder nach einheitlichen Methoden¹⁾ und Verfahren auf Basis des Mikrozensus gemeinsam ermittelt und publiziert. Sie basieren auf dem lebenslagenorientierten Konzept der relativen Einkommensarmut. Als armutsgefährdet gelten Personen mit einem monatlichen Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens, gemessen am Median. Der Median teilt die Gesamtmenge der Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen. Die eine Hälfte verdient dabei weniger, die andere Hälfte mehr als das mittlere Einkommen. Bei der Analyse und Beschreibung von Einkommensverteilungen greift man üblicherweise auf den Median zurück.

Die Berechnungen werden vom Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) durchgeführt. Sie gehen zurück bis auf das Berichtsjahr 2005. Die Ergebnisse werden von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder im Internet unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de publiziert.²⁾ Unter dieser Adresse werden auch jährliche

Daten über die „bekämpfte Armut“, also die Beziehenden und Bezieher von staatlichen Mindestsicherungsleistungen, veröffentlicht.

Die Gefährdungsquoten werden sowohl auf Basis der jeweiligen regionalen Gefährdungsschwellen (Regionalkonzept) als auch auf Basis des bundesweiten Durchschnitts (Nationalkonzept) berechnet. Beide Berechnungen ergänzen einander. Angaben auf Basis des regionalen Durchschnitts konzentrieren sich auf die Verteilung des Einkommens *innerhalb* einer Region. Berechnungen auf Basis des bundesweiten Durchschnitts blicken stärker auf die Einkommensunterschiede *zwischen* den Ländern und Regionen. Insbesondere die Berechnung auf Basis bundesweiter Durchschnitte ist aber nicht frei von Verzerrungen, die sich vor allem durch regional unterschiedliche Preisniveaus und Mietkosten ergeben. Die Ausführungen dieses Artikels beziehen sich daher, wenn nicht anders angegeben, auf Armutsgefährdungs- und auch Reichtumsquoten, die auf Basis des regionalen Medians ermittelt wurden.

Die Qualität der den Berechnungen zugrundeliegenden Einkommensdaten aus dem Mikrozensus hat sich in den letzten Jahren fast laufend verbessert. Im Jahr 2005 lagen im Bundesdurchschnitt noch für 5,9 % der Haushalte keine Einkommensangaben vor. Im Jahr 2016 lag diese Quote nur noch bei 2,8 %. In Niedersachsen fiel die Ausfallquote im selben Zeitraum von 3,0 % auf nur noch 0,7 %. Die Berechnungen stehen damit auf einem immer solider werdenden Fundament.

Bezüglich der aktuellen Daten des Jahres 2016 ist zu beachten, dass deren Vergleichsmöglichkeit mit den Vorjahren eingeschränkt ist. Grund dafür sind Effekte der Umstellung auf eine neue Mikrozensus-Stichprobe und Sondereffekte im Kontext der Bevölkerungsentwicklung. Für 2015 wird zudem von einer Untererfassung der Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit ausgegangen, da Personen in provisorischen Unterkünten untergebracht waren. Diese Unterkünten sind in der Statistik nicht erfasst worden. Entsprechend sind auch die Veränderungsdaten zu 2016 mit gewissen Einschränkungen zu bewerten. In diesem Artikel wird daher das Augenmerk auf mittel- und langfristige Entwicklungen gelegt. Die Tabellen weisen in der Regel Veränderungen seit 2011 bzw. seit 2005 auf. Ausgenommen davon sind die tiefer regionalisierten Tabellen T8, T9 und T10 für Statistische Regionen, Anpassungsschichten und Großstädte. Hier wurde, damit die Daten weniger stark von zufälligen Schwankungen betroffen sind, statt des Jahres 2011 ein dreijähriger Durchschnitt als Referenzwert und statt des Jahres 2016 der Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2016 gewählt.

1) Nähere Erläuterungen und Definitionen in Eichhorn, L.: Armutsgefährdung in Niedersachsen im Jahr 2013, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen, Heft 12/2014, S. 642ff. sowie unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de.

2) Dort stehen Daten für alle Berichtsjahre ab 2005 zur Verfügung. Die Zeitreihen sind aus Platzgründen nicht vollständig in den Tabellen dieses Beitrags enthalten.

T1 | Armutsgefährdungsquoten 2005 bis 2016 nach Ländern (Regionalkonzept)

Land	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Veränderung		
									2016 / 2005	2016 / 2011	2016 / 2015
									%		
	%								Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	13,8	14,0	14,5	14,6	14,8	15,0	15,3	15,4	+1,6	+0,9	+0,1
Bayern	14,0	13,8	14,2	14,1	14,6	14,8	15,0	14,9	+0,9	+0,7	-0,1
Berlin	16,1	14,2	15,5	15,2	15,0	14,1	15,3	16,6	+0,5	+1,1	+1,3
Brandenburg	14,3	13,6	13,8	14,4	14,3	13,4	13,9	13,4	-0,9	-0,4	-0,5
Bremen	17,3	17,3	17,0	18,3	18,9	17,3	17,8	18,2	+0,9	+1,2	+0,4
Hamburg	17,4	17,4	18,0	17,7	17,9	18,0	19,0	18,3	+0,9	+0,3	-0,7
Hessen	15,3	14,6	15,1	15,9	15,9	15,9	16,5	16,5	+1,2	+1,4	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	14,6	13,4	13,7	13,2	13,5	12,0	13,6	13,5	-1,1	-0,2	-0,1
Niedersachsen	15,1	14,5	15,0	15,2	15,8	15,3	15,9	16,0	+0,9	+1,0	+0,1
Nordrhein-Westfalen	14,6	14,7	15,6	15,4	16,0	16,2	16,3	16,7	+2,1	+1,1	+0,4
Rheinland-Pfalz	15,3	15,7	16,0	15,8	16,7	16,7	16,3	16,6	+1,3	+0,6	+0,3
Saarland	13,6	13,4	14,5	14,6	15,9	16,1	15,4	16,6	+3,0	+2,1	+1,2
Sachsen	13,7	13,0	12,4	11,9	11,9	11,6	12,9	12,4	-1,3	0,0	-0,5
Sachsen-Anhalt	14,9	13,5	14,2	14,0	14,1	14,1	14,5	14,0	-0,9	-0,2	-0,5
Schleswig-Holstein	14,5	15,2	15,2	15,4	15,6	15,4	15,7	16,2	+1,7	+1,0	+0,5
Thüringen	13,2	12,5	11,0	10,8	11,7	11,6	12,4	12,0	-1,2	+1,0	-0,4
Deutschland	14,7	14,5	15,0	15,0	15,5	15,4	15,7	15,7	+1,0	+0,7	0,0

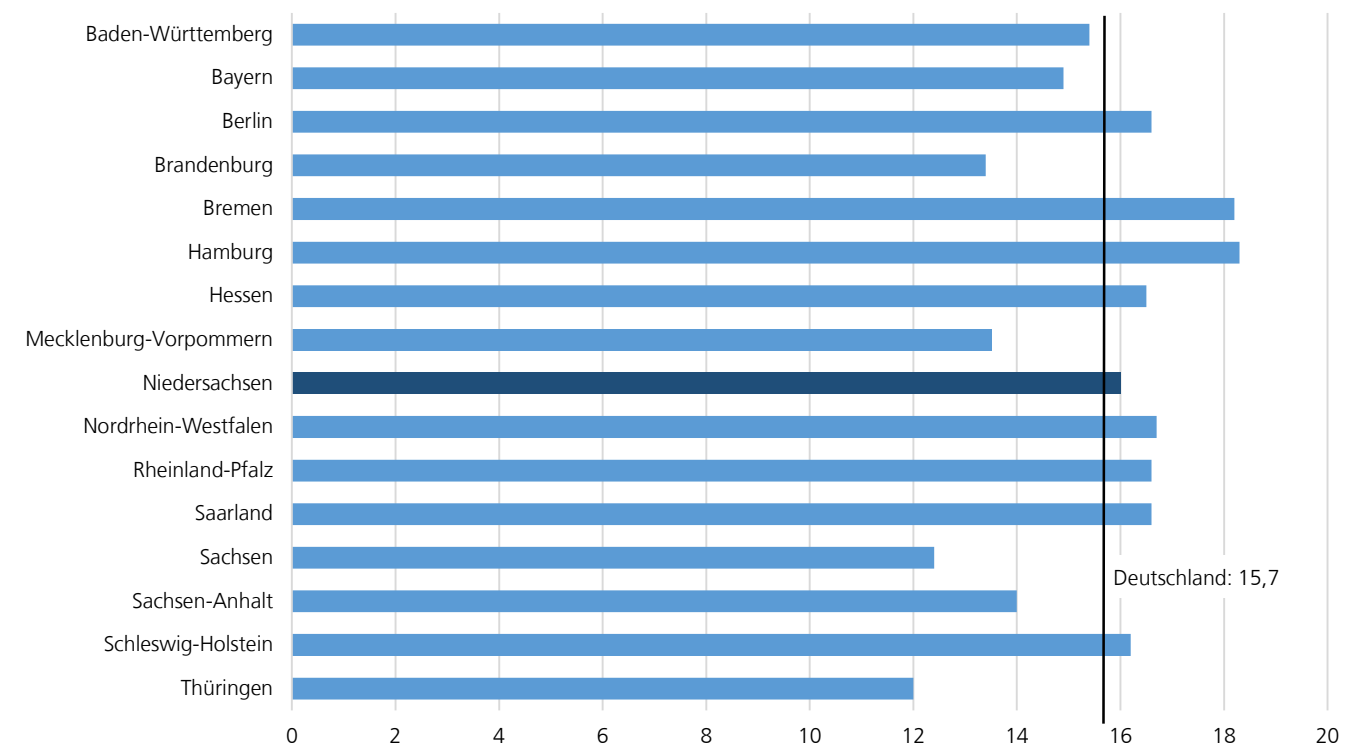
Armutsgefährdung in Niedersachsen im Zeit- und Ländervergleich

Die Armutsgefährdungsquote Niedersachsens von 16,0 % lag geringfügig über der des Vorjahres von 15,9 % und auch 0,3 Prozentpunkte höher als die bundesweite Quote von 15,7 %. Die zeitliche Entwicklung (vgl. T1) ist gekennzeichnet durch eine von 2005 bis 2010 rückläufige Armutsgefährdungsquote, die seitdem aber fast von Jahr zu Jahr wieder ansteigt. 2010 war ein Wendepunkt der Entwicklung. Lediglich von 2013 auf 2014 war ein Rückgang auf 15,3 % festzustellen; dieser Rückgang der Quote geht aber nicht nur auf reale Ursachen zurück, sondern

hatte auch methodische Gründe, da 2014 die zum Einkommen zählenden öffentlichen Mietzuschüsse besonders intensiv und akribisch erfragt wurden.³⁾ Das Ergebnis dieser langsamen, aber kontinuierlichen Zunahme ist die aktuelle Quote von 16,0 % – der höchste jemals ermittelte Wert. Niedersachsen ist dabei kein Sonderfall – bundesweit gab es nahezu dieselbe Entwicklung. Trotz einer seit Jahren anhaltend günstigen Konjunktur und Arbeitsmarktlage ist damit im Land jede Sechste bzw. jeder Sechste von Armut bedroht.

³⁾ Vgl. Eichhorn, L.: Armutsgefährdung in Niedersachsen im Jahr 2014, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen, Heft 11/2015, hier vor allem S. 621. Alle vier Jahre untersucht der Mikrozensus die allgemeine Wohnsituation näher.

A1 | Armutsgefährdungsquoten 2016 nach Ländern (Regionalkonzept) – Prozent –



Im Vergleich der Länder lassen sich klare Strukturen und auch Entwicklungspfade erkennen:

- Hohe Armutsgefährdungsquoten gibt es in den drei Stadtstaaten Hamburg (18,3 %), Bremen (18,2 %) und Berlin (16,6 %). Entsprechende Problemlagen sind schon seit langen Jahren in den Großstädten stärker ausgeprägt als im ländlichen und kleinstädtischen Raum.
- Die Armutsgefährdung ist – zumindest gemessen am regionalen Durchschnittseinkommen – in den ostdeutschen Ländern geringer als im Westen. Am geringsten war sie in Thüringen (12,0 %) und Sachsen (12,4 %).
- In allen ostdeutschen Flächenländern nahm die Armutsgefährdung sowohl im Vorjahresvergleich als auch im Langfristvergleich zum Jahr 2005 ab. In allen westdeutschen Ländern sowie in Berlin lag demgegenüber die Quote 2016 höher als 2005.
- Es gab 2016 eine Nord-Süd-Struktur der Armut: In Schleswig-Holstein (16,2 %), Hamburg (18,3 %), Niedersachsen (16,0 %) und Bremen (18,2 %) lag die Quote klar über dem Bundesdurchschnitt von 15,7 %. In der Mitte Deutschlands – in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland – lagen die Quoten zwischen 16,5 % und 16,7 %, also noch höher als in den norddeutschen Flächenländern. Demgegenüber ist die Armutsgefährdung in den süddeutschen Ländern Bayern (14,9 %) und Baden-Württemberg (15,4 %) vergleichsweise geringer. Auch innerhalb der ostdeutschen Flächenländer ist diese Nord-Süd-Struktur ansatzweise erkennbar, denn die südlichen Länder Thüringen und Sachsen haben deutlich niedrigere Quoten als Brandenburg (13,4 %), Mecklenburg-Vorpommern (13,5 %) und Sachsen-Anhalt (14,0 %).

Auf Basis des bundesweiten Schwellenwerts der Armutsgefährdung („Nationalkonzept“, vgl. T2) gab es 2016 die größten Armutsrisiken in Bremen (22,6 %), Sachsen-Anhalt (21,4 %) und Mecklenburg-Vorpommern (20,4 %). Die niedrigsten Quoten wiesen die süddeutschen Länder Baden-Württemberg (11,9 %) und Bayern (12,1 %) auf.

T2 Armutsgefährdungsquoten 2015 und 2016 nach Ländern – National- und Regionalkonzept

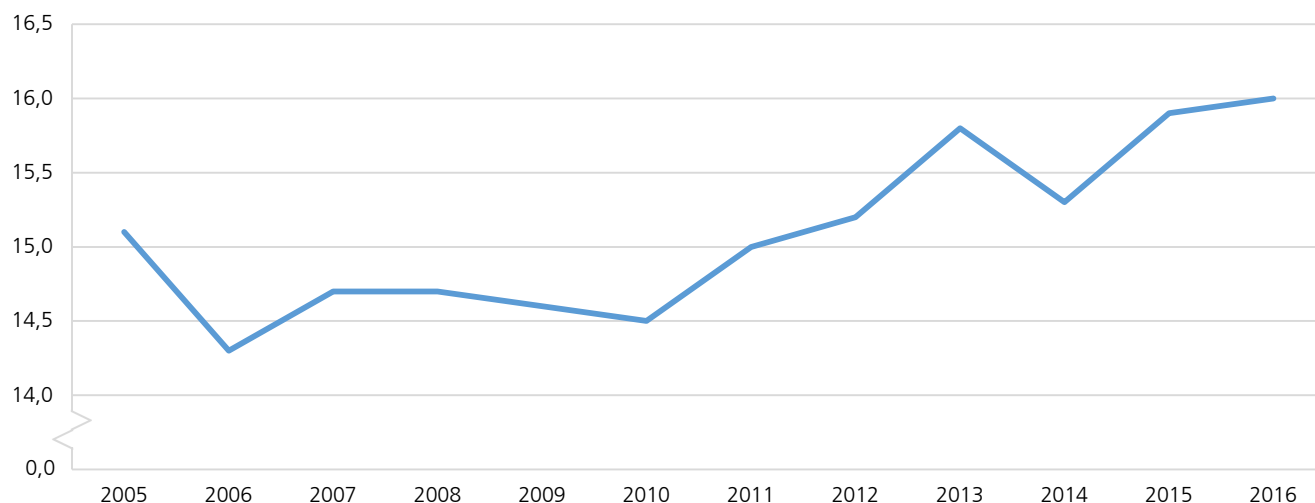
Land	Nationalkonzept		Regionalkonzept	
	2015	2016	2015	2016
	%			
Baden-Württemberg	11,8	11,9	15,3	15,4
Bayern	11,6	12,1	15,0	14,9
Berlin	22,4	19,4	15,3	16,6
Brandenburg	16,8	15,6	13,9	13,4
Bremen	24,8	22,6	17,8	18,2
Hamburg	15,7	14,9	19,0	18,3
Hessen	14,4	15,1	16,5	16,5
Mecklenburg-Vorpommern	21,7	20,4	13,6	13,5
Niedersachsen	16,5	16,7	15,9	16,0
Nordrhein-Westfalen	17,5	17,8	16,3	16,7
Rheinland-Pfalz	15,2	15,5	16,3	16,6
Saarland	17,2	17,2	15,4	16,6
Sachsen	18,6	17,7	12,9	12,4
Sachsen-Anhalt	20,1	21,4	14,5	14,0
Schleswig-Holstein	14,6	15,1	15,7	16,2
Thüringen	18,9	17,2	12,4	12,0
Deutschland	15,7	15,7	15,7	15,7

Niedersachsens Quote lag bei dieser Berechnungsmethode mit 16,7 % einen vollen Prozentpunkt und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 15,7 %. Bis auf Brandenburg (15,6 %) lagen die Quoten aller ostdeutschen Länder über der bundesdeutschen Quote. Auch in Nordrhein-Westfalen (17,8 %) und dem Saarland (17,2 %) lag die auf Basis des Bundes-Medians ermittelte Armutsgefährdungsquote deutlich über der Quote, die nach dem Regionalkonzept auf Basis des landesdurchschnittlichen Einkommens berechnet wurde. In Schleswig-Holstein, Hamburg und Rheinland-Pfalz trat der umgekehrte Effekt auf.

Schwellenwert der Armutsgefährdung steigt auf 953 Euro für Einpersonenhaushalte

Die Tabelle T3 gibt Aufschluss über die Höhe der 60 %-Armutsgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt, gegliedert nach Ländern und Jahren. Diese Schwellenwer-

A2 | Armutsgefährdungsquote in Niedersachsen 2005 bis 2016 (Regionalkonzept) – Prozent –



te sind abhängig vom regionalen Durchschnittseinkommen der privaten Haushalte: Je einkommensstärker ein Land ist, desto höher steigt nach dem Konzept der relativen Armut der Schwellenwert für die Armutsgefährdung. 2016 lag er in Niedersachsen bei 953 Euro und damit 16 Euro niedriger als der bundesweite Wert. 2015 hatte der Abstand noch 12 Euro betragen. Im Land Niedersachsen liegen die durchschnittlichen Einkommen schon seit Jahren unter dem Bundesdurchschnitt. Andere Statistiken, vor allem die Verdiensterhebungen sowie die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, bestätigen diese Erkenntnis. Der Rückstand bleibt dabei langfristig einigermaßen konstant: Von 2005 bis 2016 stiegen die Schwellenwerte im Bundesdurchschnitt um 31,7 % und in Niedersachsen um 30,5 %, also in etwa im Gleichschritt. Im gleichen Zeitraum stiegen die Verbraucherpreise um 16,1 % (Bund) bzw. 15,7 % (Niedersachsen).

Die Tabelle T3 zeigt weiterhin, dass alle sechs ostdeutschen Länder unterdurchschnittliche Schwellenwerte hatten; der niedrigste Wert trat in Niedersachsens Nachbarland Sachsen-Anhalt mit 840 Euro auf. Vergleichsweise niedrige Schwellenwerte gab es auch in Bremen und Nordrhein-Westfalen. Die höchsten Einkommen und damit die höchsten Schwellenwerte wiesen wie schon im vergangenen Jahr die süddeutschen Länder Baden-Württemberg (1 055 Euro) und Bayern (1 039 Euro) sowie Hamburg (1 040 Euro) auf. Relativ hoch lagen die Schwellen auch in Hessen (998 Euro), Rheinland-Pfalz (996 Euro) und in Schleswig-Holstein (995 Euro).

Bezug von Leistungen der sozialen Mindestsicherung

Ergänzend zu den Daten über die relative Einkommensarmut berechnen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder auch jährliche Stichtags-Angaben (jeweils 31. 12.) über den Bezug von Leistungen der sozialen Mindestsicherung.⁴⁾ Darunter werden folgende Sozialleistungen verstanden:

- Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach SGB II
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- Sozialhilfe.

Die Mindestsicherungsquote lag 2015 in Niedersachsen bei 9,8 %; 2016 sank sie leicht auf 9,6 %. Die folgende Darstellung muss sich aus Gründen der regionalen Vergleichbarkeit und Datenverfügbarkeit auf 2015 konzentrieren.

Die Mindestsicherungsquote des Landes von 9,8 % lag 2015 ganz leicht über der bundesdeutschen von 9,7 % (vgl. T4). Im Jahr 2006, dem ersten Jahr der Berechnung, lag sie in Niedersachsen etwas höher, und zwar bei 9,9 %. Die Entwicklungslinie ist ähnlich wie bei der Armutsgefährdungsquote: Es gab hier Rückgänge bis 2011; ab 2012 stieg die Quote bis 2015 Jahr für Jahr an. In etwa jede zehnte Person war Ende 2015 im Bezug von Mindestsicherungsleistungen. Die Regionalstruktur 2015 zeigt eine Spreizung der Quoten von einem Minimum von 5,2 % in Bayern bis zu einem Maximum von 19,4 % in Berlin. Hohe Quoten hatten alle drei Stadtstaaten, niedrige Quoten unter 8 % gab es in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Alle ostdeutschen Länder bis auf Thüringen (nur 9,4 %) wiesen im Bundesvergleich überdurchschnittliche und zweistellige Quoten auf. Bis auf Hessen (9,3 %) und Thüringen gab es in allen Nachbarländern Niedersachsens – Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern – überdurchschnittliche Quoten.

Für die Entwicklung ist kennzeichnend, dass zumindest langfristig im Vergleich 2006 zu 2015 in allen ostdeutschen Ländern und in Niedersachsen die Quoten zurückgingen, während sie in allen anderen westdeutschen Län-

4) Diese Angaben liegen bundesweit von 2006 bis 2015 vor; auch sie werden unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de publiziert. Einige Eckdaten für Landkreise und kreisfreie Städte enthält die Regionaldatenbank Deutschland (www.regionalstatistik.de). Für Niedersachsen liegen die Angaben bis auf Ebene der Einheits- und Samtgemeinden in LSN-Online ebenfalls bis 2015 vor – auf Landesebene gibt es bereits erste Ergebnisse für 2016 (vgl. Pressemitteilung des LSN Nr. 85/17, Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen 2016 gesunken).

T3 | Armutsgefährdungsschwellen für Einpersonenhaushalte 2005 bis 2016 nach Ländern

Land	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	€							
Baden-Württemberg	800	895	925	952	979	1 009	1 033	1 055
Bayern	787	892	916	943	973	998	1 025	1 039
Berlin	692	766	785	803	814	841	851	923
Brandenburg	661	777	793	803	826	848	882	922
Bremen	662	775	781	806	797	822	829	891
Hamburg	762	903	913	928	934	964	1 010	1 040
Hessen	781	872	895	919	941	961	988	998
Mecklenburg-Vorpommern	615	696	718	724	735	769	799	846
Niedersachsen	730	812	841	861	887	907	930	953
Nordrhein-Westfalen	739	815	835	855	873	895	918	946
Rheinland-Pfalz	755	843	869	894	920	942	967	996
Saarland	701	809	836	856	869	890	908	956
Sachsen	653	726	736	755	775	803	834	866
Sachsen-Anhalt	630	725	741	753	773	800	832	840
Schleswig-Holstein	757	851	882	905	927	952	965	995
Thüringen	640	736	759	770	791	815	833	870
Deutschland	736	826	849	870	892	917	942	969

T4 | Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen an der Bevölkerung vom 31.12.2006 bis 31.12.2015

Land	2006	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung		
								2015 / 2006	2015 / 2011	2015 / 2014
								Prozentpunkte		
	%							Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	5,5	5,0	4,8	4,8	5,0	5,2	6,0	+0,5	+1,2	+0,8
Bayern	5,1	4,3	4,2	4,2	4,3	4,6	5,2	+0,1	+1,0	+0,6
Berlin	19,8	18,9	19,6	19,2	19,2	19,0	19,4	-0,4	-0,2	+0,4
Brandenburg	14,2	11,5	11,3	11,1	11,1	10,8	11,0	-3,2	-0,3	+0,2
Bremen	17,2	16,4	16,4	16,4	16,8	17,2	18,5	+1,3	+2,1	+1,3
Hamburg	13,6	12,8	13,0	12,9	13,0	13,2	13,9	+0,3	+0,9	+0,7
Hessen	8,7	8,1	8,0	8,1	8,4	8,7	9,3	+0,6	+1,3	+0,6
Mecklenburg-Vorpommern	17,4	13,3	13,1	13,1	13,2	13,0	13,1	-4,3	0,0	+0,1
Niedersachsen	9,9	8,8	8,6	8,6	8,8	9,0	9,8	-0,1	+1,2	+0,8
Nordrhein-Westfalen	10,6	10,2	10,2	10,4	10,8	11,1	12,0	+1,4	+1,8	+0,9
Rheinland-Pfalz	7,2	6,5	6,3	6,4	6,6	6,9	7,8	+0,6	+1,5	+0,9
Saarland	9,4	8,7	8,6	8,8	9,2	9,5	10,7	+1,3	+2,1	+1,2
Sachsen	13,8	11,2	10,8	10,6	10,5	10,2	10,3	-3,5	-0,5	+0,1
Sachsen-Anhalt	16,3	13,6	13,4	13,4	13,4	13,3	13,4	-2,9	0,0	+0,1
Schleswig-Holstein	10,1	8,9	9,0	9,1	9,3	9,5	10,3	+0,2	+1,3	+0,8
Thüringen	12,3	9,5	9,2	9,1	9,0	8,9	9,4	-2,9	+0,2	+0,5
Deutschland	9,8	8,8	8,7	8,7	8,9	9,1	9,7	-0,1	+1,0	+0,5

den stiegen. Dabei kompensierten die Rückgänge in Ostdeutschland und Niedersachsen die Anstiege so sehr, dass die bundesweite Quote leicht um 0,1 Prozentpunkte auf 9,8 % sank.

Armutsgefährdung nach Lebenslagen und sozialen Gruppen

Die Tabellen T5 und T6 gliedern die Armutsgefährdung nach sozialen Gruppen auf, wobei T5 die jeweiligen Quoten und T6 die absolute Zahl von Personen enthält. Ein wichtiges und bedenkliches Ergebnis der amtlichen Sozialberichterstattung ist es, dass Jahr für Jahr die gleichen sozialen Gruppen als Hauptbetroffene identifiziert werden können und müssen: Die sozialen Disparitäten erweisen sich trotz einer günstigen Arbeitsmarktsituation als sehr persistent. Die folgende Aufzählung der „Haupttrisikogruppen“ und ihrer Armutsgefährdungsquoten folgt daher exakt der entsprechenden Aufstellung des Vorjahres⁵⁾, wobei die Veränderungen in Prozentpunkten ausgewiesen sind:

- Kinder- und Jugendliche unter 18: 21,1 %, 1,4 Punkte mehr als 2011;
- Junge Frauen im Alter von 18 bis unter 25: 26,6 %, 4,6 Punkte mehr als 2011;
- Ältere Frauen über 65 Jahre: 16,8 %, 0,6 Punkte mehr als 2011;
- Alleinerziehende und ihre Kinder: 44,9 %, 0,7 Punkte mehr als 2011;
- Kinderreiche Familien mit 3 und mehr Kindern: 27,6 %, 2,0 Punkte mehr als 2011;
- Einpersonenhaushalte: 26,7 %, 2,0 Punkte mehr als 2011;

- Erwerbslose: 54,7 %, 1,7 Punkte weniger als 2011;
- Sonstige Nichterwerbspersonen: 42,5 %, 8,0 Punkte mehr als 2011;
- Menschen in Haushalten von Geringqualifizierten: 41,2 %, 2,9 Punkte mehr als 2011;
- Menschen mit Migrationshintergrund: 30,9 %, 2,4 Punkte mehr als 2011;
- Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft: 43,0 %, 7,6 Punkte mehr als 2011.

Zum Vergleich: Die allgemeine Armutsgefährdungsquote stieg von 2011 bis 2016 um 1,0 Prozentpunkte. Mittelfristige Rückgänge innerhalb der hier aufgeführten Personengruppen gab es nur bei den Erwerbslosen. Bei den Alleinerziehenden und den älteren Frauen lag der Anstieg der Quote immerhin unter 1 Prozentpunkt und war daher niedriger als die Entwicklung der Gesamtquote. Andererseits gab es die deutlichsten Zunahmen bei den „sonstigen Nichterwerbspersonen“ sowie bei den Ausländerinnen und Ausländern. Die Daten zu den „sonstigen Nichterwerbspersonen“ sind schwer interpretierbar, da diese Gruppe völlig heterogen ist. Zu ihr gehören auf jeden Fall alle diejenigen, die zwar im Erwerbsalter sind, aber wegen einer Schwerbehinderung nicht arbeiten können. Auf die Gruppe der Nicht-Deutschen wird weiter unten eingegangen.

Das Bild wird komplettiert durch die absoluten Zahlen der Tabelle T6. Diese enthält natürlich Doppelzählungen – ihre Zahlen dürfen daher keinesfalls aufaddiert werden. Wenn z. B. eine junge Frau in einem kinderreichen Haushalt lebt, dessen Haupteinkommensbezieherin (sie selbst) nur gering qualifiziert ist, taucht sie in der obigen Aufstellung der Haupttrisikogruppen dreimal auf. Um die Problematik aber handlungsorientiert abschätzen zu können, sind die folgenden ausgewählten absoluten Zahlen, die die Struktur der Armut 2016 abbilden, hilfreich.

⁵⁾ Vgl. Eichhorn, L.: Armutsgefährdung in Niedersachsen im Jahr 2015, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen, Heft 12/2016, S. 671.

**T5 | Armutsgefährdungsquoten für Niedersachsen 2005 bis 2016 nach soziodemografischen Merkmalen
(Regionalkonzept)**

Merkmal	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Veränderung		
									2016 / 2005	2016 / 2011	2016 / 2015
									%		
Insgesamt	15,1	14,5	15,0	15,2	15,8	15,3	15,9	16,0	+0,9	+1,0	+0,1
Alter											
Unter 18	20,2	19,4	19,7	19,9	19,9	19,0	20,8	21,1	+0,9	+1,4	+0,3
18 bis unter 25	25,9	23,8	21,9	23,7	25,6	24,0	24,7	25,8	-0,1	+3,9	+1,1
25 bis unter 50	14,1	13,3	13,4	13,5	14,1	13,6	14,2	14,5	+0,4	+1,1	+0,3
50 bis unter 65	10,7	11,1	11,8	11,6	11,9	11,9	12,3	11,7	+1,0	-0,1	-0,6
65 und älter	12,2	12,2	14,0	14,4	15,4	15,3	15,3	15,0	+2,8	+1,0	-0,3
Geschlecht											
Männlich	14,6	14,0	14,2	14,3	15,0	14,5	15,1	15,5	+0,9	+1,3	+0,4
Weiblich	15,7	15,0	15,8	16,0	16,6	16,0	16,6	16,4	+0,7	+0,6	-0,2
Alter und Geschlecht											
Männlich											
18 bis unter 25	24,0	22,1	21,9	22,5	24,5	23,1	23,4	25,1	+1,1	+3,2	+1,7
25 bis unter 50	13,8	12,8	12,4	12,7	13,5	13,5	13,6	14,3	+0,5	+1,9	+0,7
50 bis unter 65	10,6	11,1	11,5	11,1	11,7	11,5	12,1	11,1	+0,5	-0,4	-1,0
65 und älter	10,1	10,3	11,3	11,5	12,6	12,4	12,6	12,8	+2,7	+1,5	+0,2
Weiblich											
18 bis unter 25	27,8	25,7	22,0	24,9	26,6	24,8	26,0	26,6	-1,2	+4,6	+0,6
25 bis unter 50	14,4	13,8	14,4	14,3	14,7	13,8	14,9	14,7	+0,3	+0,3	-0,2
50 bis unter 65	10,8	11,0	12,1	12,2	12,1	12,3	12,4	12,3	+1,5	+0,2	-0,1
65 und älter	13,8	13,7	16,2	16,6	17,7	17,6	17,5	16,8	+3,0	+0,6	-0,7
Haushaltstyp¹⁾											
Einpersonenhaushalt	22,9	22,7	24,7	25,5	26,5	25,4	25,8	26,7	+3,8	+2,0	+0,9
Zwei Erwachsene ohne Kind	8,7	8,0	8,6	8,4	8,9	9,1	9,0	8,9	+0,2	+0,3	-0,1
Sonstiger Haushalt ohne Kind	9,7	8,7	7,4	8,2	9,0	9,3	9,2	8,9	-0,8	+1,5	-0,3
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	37,5	39,9	44,2	44,0	42,3	41,6	46,6	44,9	+7,4	+0,7	-1,7
Zwei Erwachsene und ein Kind	9,9	9,0	9,3	8,9	9,5	8,6	9,5	9,6	-0,3	+0,3	+0,1
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	11,8	9,7	9,8	9,4	10,2	10,1	11,7	11,6	-0,2	+1,8	-0,1
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	29,1	26,7	25,6	26,9	27,0	25,1	26,1	27,6	-1,5	+2,0	+1,5
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	20,3	19,3	18,3	19,8	20,7	20,3	20,2	18,2	-2,1	-0,1	-2,0
Erwerbsstatus²⁾											
Erwerbstätige	7,0	7,4	7,4	7,5	8,0	7,2	7,5	7,3	+0,3	-0,1	-0,2
Selbständige (einschl. mithelfende Familienang.)	9,0	8,4	8,4	8,8	9,1	8,5	9,2	8,6	-0,4	+0,2	-0,6
Abhängig Erwerbstätige	6,7	7,3	7,3	7,3	7,8	7,0	7,3	7,2	+0,5	-0,1	-0,1
Erwerbslose	49,3	52,3	56,4	57,8	56,8	57,0	58,5	54,7	+5,4	-1,7	-3,8
Nichterwerbspersonen	18,5	18,7	20,0	20,6	21,5	21,4	22,4	23,1	+4,6	+3,1	+0,7
Rentner/-innen und Pensionäre/Pensionärinnen ³⁾	11,2	12,2	14,1	14,6	15,8	15,9	16,4	15,8	+4,6	+1,7	-0,6
Personen im Alter von unter 18 Jahren	20,3	19,5	19,8	20,0	20,1	19,1	21,0	21,4	+1,1	+1,6	+0,4
Sonstige Nichterwerbspersonen	29,3	32,1	34,5	36,3	38,2	38,6	39,5	42,5	+13,2	+8,0	+3,0
Qualifikationsniveau⁴⁾ der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt (Haupteinkommensbezieher)											
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	34,4	35,7	38,3	40,1	42,4	41,0	41,6	41,2	+6,8	+2,9	-0,4
Mittel (ISCED 3 und 4)	12,7	12,8	13,5	13,4	14,1	13,6	14,2	13,7	+1,0	+0,2	-0,5
Hoch (ISCED 5 und 6)	4,7	4,7	4,8	5,1	5,2	5,3	5,3	5,5	+0,8	+0,7	+0,2
Qualifikationsniveau⁴⁾ (Personen im Alter von 25 Jahren und älter)											
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	24,9	26,2	28,7	30,0	31,5	31,9	31,9	31,9	+7,0	+3,2	0,0
Mittel (ISCED 3 und 4)	9,8	10,1	11,0	10,8	11,5	11,1	11,5	10,8	+1,0	-0,2	-0,7
Hoch (ISCED 5 und 6)	5,2	5,0	5,1	5,2	5,5	5,3	5,5	5,9	+0,7	+0,8	+0,4
Staatsangehörigkeit											
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	43,0	36,7	35,4	36,5	36,0	36,6	40,5	43,0	0,0	+7,6	+2,5
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	13,1	12,9	13,8	13,9	14,5	13,8	14,0	13,5	+0,4	-0,3	-0,5
Migrationshintergrund⁵⁾											
Mit Migrationshintergrund	33,2	29,1	28,5	28,7	28,5	27,7	30,2	30,9	-2,3	+2,4	+0,7
Ohne Migrationshintergrund	11,7	11,5	12,3	12,4	13,0	12,6	12,7	12,2	+0,5	-0,1	-0,5

1) Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt.

2) Nach dem "Labour-Force-Konzept" der International Labour Organization (ILO).

3) Personen mit Bezug einer eigenen (Versicherten-) Rente, Pension und Personen im Alter von 65 Jahren und älter mit Bezug einer Hinterbliebenenrente, -pension.

4) Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der nationalen Klassifikation des Bildungswesens (ISCED) bestimmt. Geringqualifizierte: maximal ISCED Stufe 2, Qualifizierte: ISCED Stufen 3 oder 4, Hochqualifizierte: ISCED Stufe 5 oder höher.

5) Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist, oder in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde, oder ein Elternteil hat, das zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

T6 | Zahl der armutsgefährdeten Personen in Niedersachsen 2011 bis 2016 nach soziodemografischen Merkmalen

Merkmal	Auf Basis des regionalen Medians						Veränderung 2016 / 2011
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	
	1 000						
Insgesamt	1 153	1 167	1 215	1 179	1 233	1 254	+101
Alter							
Unter 18	266	266	261	246	267	279	+13
18 bis unter 25	136	141	150	142	144	159	+23
25 bis unter 50	347	347	359	342	359	365	+18
50 bis unter 65	183	185	194	198	211	208	+24
65 und älter	221	228	250	252	253	244	+23
Geschlecht							
Männlich	535	540	565	552	579	605	+70
Weiblich	618	627	650	627	654	649	+31
Alter und Geschlecht							
Männlich							
18 bis unter 25	70	70	74	71	71	82	+11
25 bis unter 50	161	163	173	170	172	183	+23
50 bis unter 65	89	88	95	95	103	98	+9
65 und älter	78	80	91	91	95	93	+15
Weiblich							
18 bis unter 25	66	71	76	71	73	77	+11
25 bis unter 50	186	184	186	172	186	181	-5
50 bis unter 65	95	97	100	103	108	110	+15
65 und älter	143	148	160	160	159	151	+8
Haushaltstyp							
Einpersonenhaushalt	365	377	400	381	402	420	+56
Zwei Erwachsene ohne Kind	189	186	197	203	200	198	+9
Sonstiger Haushalt ohne Kind	75	83	93	101	102	100	+25
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	141	133	127	121	136	138	-3
Zwei Erwachsene und ein Kind	64	62	66	60	65	65	+1
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	90	88	93	92	106	107	+17
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	108	111	110	99	101	114	+7
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	118	126	126	122	120	110	-8
Erwerbsstatus							
Erwerbstätige							
Selbstständige (einschl. mithelfende Familienang.)	34	36	36	33	35	32	-2
Abhängig Erwerbstätige	240	243	264	239	254	255	+15
Erwerbslose							
Nichterwerbspersonen	756	776	801	799	843	877	+121
Rentner/-innen und Pensionäre/Pensionärinnen	246	253	278	278	291	277	+31
Personen im Alter von unter 18 Jahren	261	262	257	242	264	277	+15
Sonstige Nichterwerbspersonen	251	262	267	279	289	324	+73
Qualifikationsniveau der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt (Haupteinkommensbezieher)							
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	447	458	462	451	470	508	+61
Mittel (ISCED 3 und 4)	608	597	631	622	645	625	+17
Hoch (ISCED 5 und 6)	95	105	107	97	109	112	+16
Qualifikationsniveau (Personen im Alter von 25 Jahren und älter)							
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	314	326	333	337	341	351	+37
Mittel (ISCED 3 und 4)	375	368	393	390	408	386	+11
Hoch (ISCED 5 und 6)	61	64	69	61	70	74	+13
Staatsangehörigkeit							
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	151	162	167	179	219	283	+132
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	1 002	1 005	1 047	1 000	1 014	971	-31
Migrationshintergrund							
Mit Migrationshintergrund	361	372	394	374	422	481	+120
Ohne Migrationshintergrund	791	793	818	803	809	772	-19

- In Niedersachsen waren 605 000 Männer und 649 000 Frauen von Armut bedroht. Die höhere Zahl der Frauen erklärt sich vor allem daraus, dass 151 000 ältere Frauen über 65 Jahre, aber nur 93 000 gleichaltrige Männer von Armut bedroht waren.
- Zwar war die Gefährdungsquote der Erwerbstätigen mit 7,3 % relativ gering; dennoch gab es 286 000 Frauen und Männer, die trotz Erwerbstätigkeit unter der Gefährdungsschwelle blieben („working poor“). Das waren erheblich mehr als die 89 000 Erwerbslosen – die Erwerbslosigkeit ist erfreulicherweise stark zurückgegangen, aber die verbleibenden Erwerbslosen haben ein extrem hohes Armutsrisiko.
- Es gab 138 000 Alleinerziehende und ihre Kinder, die als armutsgefährdet gelten. Erheblich mehr Personen, nämlich 420 000, lebten als Armutsgefährdete in Einpersonenhaushalten.
- Die Armutsgefährdung ist relativ gesehen bei Ausländerinnen und Ausländern erheblich höher als bei Deutschen. Absolut gesehen gab es aber unter den armutsgefährdeten Personen 971 000 Deutsche und „nur“ 283 000 Ausländerinnen und Ausländer.

Reichtumsquote bleibt niedrig und sinkt sogar

Analog zur Armutsgefährdungsquote von 60 % des Medianeinkommens wird die Reichtumsquote berechnet. Als „reich“ gelten Personen mit 200 % und mehr des Medianeinkommens. Diese Quote sagt also lediglich aus, wie groß der Bevölkerungsanteil dieser Personen ist, die ein mindestens doppelt so hohes Einkommen wie das mittlere Einkommen der Bevölkerung haben. Für Einpersonenhaushalte lag der Schwellenwert bei 3 177 Euro. Die Reichtumsquote sagt weder etwas über das Vermögen aus, noch sagt sie darüber etwas aus, wie groß der Anteil der

Einkommen dieser „Reichen“ am Gesamteinkommen aller Personen ist. Es gibt zahlreiche Hinweise darauf, dass zum einen das Vermögen erheblich ungleicher verteilt ist als das Einkommen, und dass zum zweiten der Anteil der sehr reichen Personen und Familien am gesamten Volkseinkommen wesentlich höher ist als die hier vorgestellte Reichtumsquote⁶⁾. Für eine genauere Untersuchung dieser Thematik müssen andere Datenquellen, so z. B. die Einkommens- und Verbrauchsstichproben sowie die Einkommensteuerstatistik, herangezogen werden.

Die Reichtumsquote lag in Niedersachsen im Jahr 2016 nur noch bei 7,0 % (vgl. T7). Sie lag damit niedriger als im Vorjahr und im Jahr 2005, dem Beginn der Zeitreihen: In beiden Jahren lag die Quote bei 7,4 %. Auch in den Jahren dazwischen variierte die Quote nur wenig; stets lag sie zwischen minimal 7,0 % und maximal 7,4 %.

Im Bund-Länder-Vergleich ist diese Quote gering. Bundesweit lag sie 2016 bei 8,2 % mit leicht steigender Tendenz – 2005 lag sie bei 7,7 %. Die Quoten der ostdeutschen Flächenländer waren durchweg niedrig, am geringsten in Sachsen-Anhalt mit 5,4 %. Die ostdeutschen Flächenländer haben nach wie vor eine stärker ausgeglichene Einkommensstruktur als Westdeutschland und demzufolge relativ geringe Armutsgefährdungs- wie auch Reichtumsquoten⁷⁾. Die höchsten Reichtumsquoten gab es einerseits in den Stadtstaaten: Hamburg lag 2016 hier mit 10,4 % vorn, gefolgt von Bremen (9,9 %) und Berlin (9,2 %). Unter den Flächenländern weist andererseits Hessen mit einer Quote von 9,5 % den höchsten Wert auf.

6) Vgl. z. B. mit Belegen auch für Deutschland Piketty, T.: Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014.

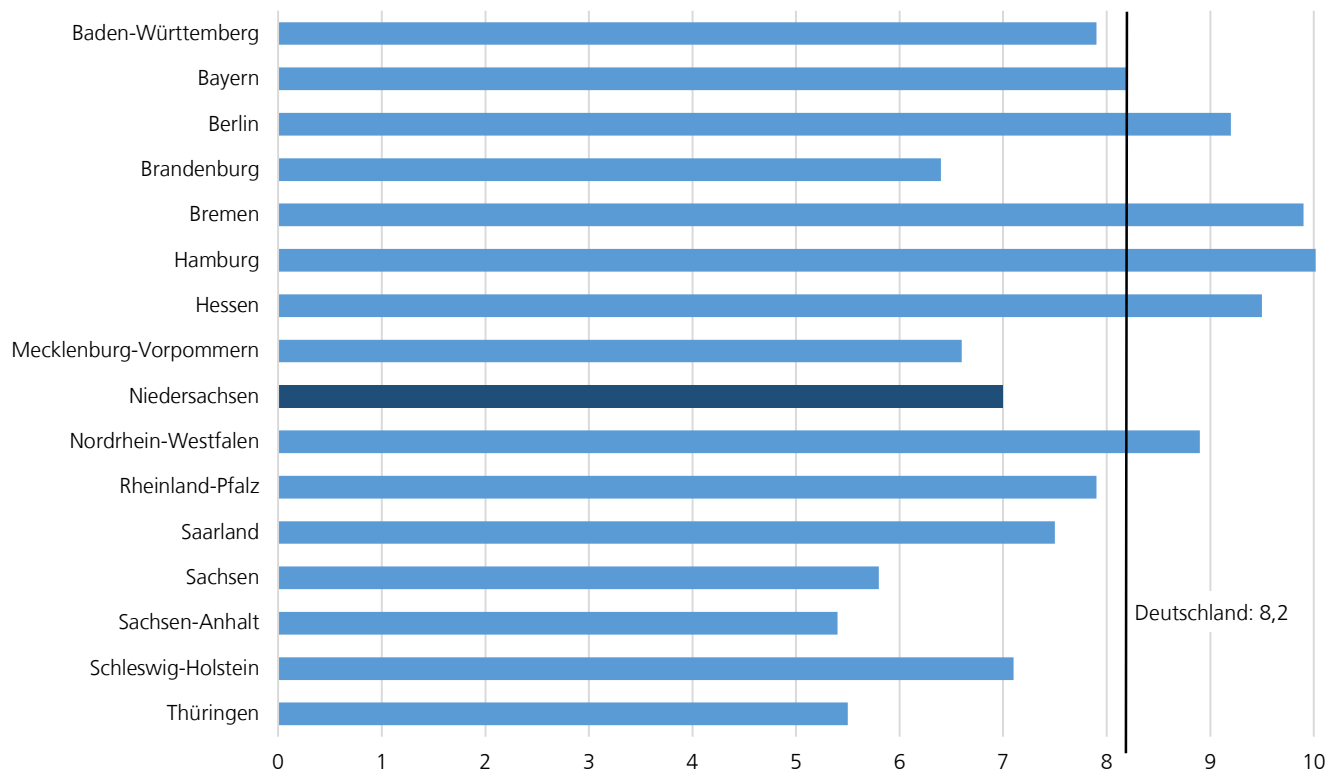
7) Das lässt sich auch am Gini-Koeffizienten ablesen. Dieser lag 2016 in Westdeutschland (ohne Berlin) bei 0,30 und in Ostdeutschland (einschl. Berlin) bei 0,27. In Niedersachsen lag er bei 0,28. Quelle: www.amtliche-sozialberichterstattung.de.

T7 | Einkommensreichtumsquoten¹⁾ 2005 bis 2016 nach Ländern (Regionalkonzept)

Land	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Veränderung 2016 / 2005
	%								Prozentpunkte
Baden-Württemberg	7,3	7,4	7,5	7,5	7,8	7,6	7,8	7,9	+0,6
Bayern	7,9	7,9	8,0	8,1	8,2	8,3	8,2	8,2	+0,3
Berlin	9,2	9,0	9,2	8,7	9,6	9,6	9,4	9,2	-0,0
Brandenburg	6,4	6,5	7,0	6,9	6,8	6,4	6,5	6,4	+0,0
Bremen	9,5	8,9	9,1	8,8	9,5	9,9	9,5	9,9	+0,4
Hamburg	9,1	10,1	9,8	9,2	9,9	9,9	9,7	10,4	+1,3
Hessen	8,5	8,9	8,8	9,3	9,4	9,1	9,3	9,5	+1,0
Mecklenburg-Vorpommern	5,3	6,1	5,5	5,7	5,6	5,3	5,6	6,6	+1,3
Niedersachsen	7,4	7,3	7,3	7,3	7,4	7,3	7,4	7,0	-0,4
Nordrhein-Westfalen	8,0	8,6	8,4	8,4	8,5	8,4	8,4	8,9	+0,9
Rheinland-Pfalz	7,3	8,4	8,2	8,2	8,0	7,8	7,9	7,9	+0,6
Saarland	6,8	6,6	6,6	6,7	7,6	7,4	7,3	7,5	+0,7
Sachsen	4,3	5,3	5,4	5,9	6,1	6,2	6,1	5,8	+1,5
Sachsen-Anhalt	4,9	5,2	5,2	5,3	6,3	5,7	5,3	5,4	+0,5
Schleswig-Holstein	7,2	7,8	7,1	7,2	7,3	7,4	7,5	7,1	-0,1
Thüringen	4,4	5,2	5,5	5,9	5,8	5,5	5,8	5,5	+1,1
Deutschland	7,7	8,1	8,1	8,1	8,2	8,2	8,2	8,2	+0,5

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung.

A3 | Einkommensreichumsquoten 2016 nach Ländern (Regionalkonzept) – Prozent –



Höchste Armutsgefährdungsquoten in der Landeshauptstadt, niedrigste im Raum Oldenburg und Osnabrück

Regional differierte die Armutsgefährdung 2016 zwischen einem Maximum von 21,0 % in der Landeshauptstadt Hannover und geringen Werten von 13,7 % im Oldenburger Raum und 14,0 % in Westniedersachsen im Raum Osnabrück (vgl. T8). Recht hohe Werte gab es auch in Südniedersachsen mit 19,5 %. Auf Ebene der Statistischen Regionen, der ehemaligen Regierungsbezirke, ergibt sich, dass die Werte für die Statistischen Regionen Lüneburg (14,9 %) und Weser-Ems (14,2 %) deutlich niedriger waren als in den großstädtisch geprägten Statistischen Regionen Braunschweig (17,4 %) und Hannover (17,7 %).

In fast allen untersuchten Regionaleinheiten nahm die Armutsgefährdung in den letzten Jahren tendenziell zu. Um zufällige Schwankungen, die auf dieser kleinräumigen Ebene unvermeidbar sind, auszugleichen, wurde der Quotendurchschnitt der Jahre 2010 bis 2012 mit dem der Jahre 2014 bis 2016 verglichen. Eine positive Ausnahme stellt die Landeshauptstadt dar, deren Gefährdungsquote zwar nach wie vor die höchste im Lande ist, die aber immerhin leicht rückläufig ist.

Armut im Großstädtevergleich Deutschlands

Die Tabelle T9 stellt die Armutsgefährdung (Regionalkonzept) im Vergleich der Großstädte Deutschlands dar. Außer Dresden, Frankfurt am Main und Hannover stieg in allen anderen 12 Großstädten die Armutsgefährdung in den

letzten Jahren tendenziell an; die Berechnung des Anstiegs erfolgte analog zu der Methode, die oben für die Regionen Niedersachsens dargestellt wurde. Die Quoten lagen 2016 zwischen einem Minimum von 14,8 % (Duisburg) und einem Maximum von 21,6 % (Düsseldorf) – beide Extreme liegen in Nordrhein-Westfalen. Auch Köln, Hannover und Frankfurt am Main haben Quoten über 20 %. Die ostdeutschen Großstädte Berlin, Dresden und Leipzig haben für Großstädte relativ moderate Quoten von unter 18 %.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn der Bundesmedian (Nationalkonzept) zugrunde gelegt wird. Der negative „Spitzenreiter“ im Städteranking ist dann Dortmund mit 24,2 %, die geringste Gefährdungsquote hat nach diesem Konzept München mit nur 10,0 %. Um das Bild abzurunden, wurden ergänzend Statistiken der Bundesagentur für Arbeit aus dem SGB II-Bereich (Dezember 2016) herangezogen (vgl. T10). Es zeigt sich, dass das „Haushaltsbudget“ von SGB II-Haushalten in München am höchsten war; dies geht in erster Linie auf höhere Unterkunftskosten zurück, die in München 598 Euro und in Leipzig nur 328 Euro betragen. Dies zeigt die Kehrseite der boomenden Metropolen: Die Mietkosten – und auch die sonstigen Lebenshaltungskosten – sind dort erheblich höher als anderswo, so dass es dort „rechnerisch“ weniger Arme gibt – schon allein darum, weil die öffentlichen Mietzuschüsse sie über die (nationale) Armutsschwelle heben.

Man muss beide Quoten nach National- wie nach Regionalkonzept zusammennehmen, um ein einigermaßen verzerrungsfreies und zutreffendes Bild zu erhalten. Ein zumindest im Vergleich der 15 Großstädte recht günstiges Ergebnis in der Zusammenschau beider Quoten ergibt sich

T8 | Armutsgefährdungsquoten 2010 bis 2016 nach Anpassungsschichten und Statistischen Regionen (Regionalkonzept)

Anpassungsschicht / Statistische Region		2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Veränderung Durchschnitt 2014 bis 2016 / Durchschnitt 2010 bis 2012
		%							Prozentpunkte
Ostniedersachsen	LK Gifhorn, LK Helmstedt, LK Peine, LK Wolfenbüttel, KS Braunschweig, KS Salzgitter, KS Wolfsburg	15,8	15,5	16,6	18,1	18,1	17,5	15,6	+1,1
Südniedersachsen	LK Göttingen, LK Goslar, LK Osterode am Harz, LK Northeim	15,5	16,9	17,3	17,5	16,4	17,1	19,5	+1,1
Statistische Region Braunschweig		15,7	16,1	16,9	17,9	17,5	17,4	17,4	+1,2
Hannover, Lhst.	Landeshauptstadt Hannover	19,6	20,2	18,9	17,1	17,4	20,0	21,0	-0,1
Hannover, Umland	Umland Hannover	14,5	14,5	15,0	14,9	14,6	17,2	17,5	+1,8
Weser-Leine-Bergland	LK Hameln-Pyrmont, LK Hildesheim, LK Holzminden	15,6	14,5	13,3	15,1	14,4	13,8	15,1	-0,0
Mittelniedersachsen	LK Diepholz, LK Nienburg (Weser), LK Schaumburg	14,4	15,1	13,4	15,3	15,0	14,7	16,9	+1,2
Statistische Region Hannover		16,4	16,2	15,6	16,2	15,8	16,8	17,7	+0,7
Nordniedersachsen	LK Cuxhaven, LK Harburg, LK Osterholz, LK Rotenburg (Wümme), LK Stade	12,8	14,4	14,2	14,0	14,0	14,9	15,3	+0,9
Nordostniedersachsen	LK Celle, LK Lüchow-Dannenberg, LK Lüneburg, LK Heidekreis, LK Uelzen, LK Verden	14,6	15,0	15,6	17,1	15,7	15,4	14,6	+0,2
Statistische Region Lüneburg		13,6	14,7	14,9	15,5	14,9	15,1	14,9	+0,6
Ostfriesland-Nordseeküste	LK Aurich, LK Friesland, LK Leer, LK Wesermarsch, LK Wittmund, KS Emden, KS Wilhelmshaven	12,8	12,8	14,6	14,3	15,1	14,9	14,9	+1,6
Oldenburger Raum	LK Ammerland, LK Cloppenburg, LK Oldenburg, KS Delmenhorst, KS Oldenburg	12,7	13,5	13,4	15,5	14,6	14,9	13,7	+1,2
Westniedersachsen	LK Emsland, LK Grafschaft Bentheim, LK Osnabrück, LK Vechta, KS Osnabrück	12,0	13,0	12,4	13,1	12,7	13,7	14,0	+13,5
Statistische Region Weser-Ems		12,5	13,2	13,4	14,1	13,8	14,4	14,2	+14,1

T9 | Armutsgefährdungsquoten ausgewählter deutscher Großstädte 2005 bis 2016

Städte der Bundesrepublik	Auf Basis des Medians der jeweiligen Großstadt								Veränderung Durchschnitt 2014 bis 2016 / Durchschnitt 2010 bis 2012
	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	
	%								Prozentpunkte
Berlin	16,1	14,2	15,5	15,2	15,0	14,1	15,3	16,6	+0,4
Bremen	17,3	17,1	17,3	17,8	18,3	17,0	17,9	18,7	+0,5
Dortmund	15,9	17,9	18,0	15,2	14,0	15,5	19,0	17,6	+0,3
Dresden	18,4	16,6	15,9	16,2	16,0	15,4	16,5	16,0	-0,3
Duisburg	13,6	13,9	14,2	14,1	13,9	14,8	17,9	14,8	+1,8
Düsseldorf	16,9	18,6	20,5	19,7	18,2	20,5	20,0	21,6	+1,1
Essen	17,6	17,5	19,1	18,6	19,4	18,7	19,2	19,8	+0,8
Frankfurt am Main	17,9	17,6	19,5	20,3	19,0	17,9	18,2	20,2	-0,4
Hamburg	17,4	17,4	17,9	17,6	18,7	18,0	19,0	18,3	+0,8
Hannover	19,7	19,6	20,2	18,9	17,1	17,4	20,0	21,0	-0,1
Köln	18,1	17,3	18,9	19,2	19,5	20,6	19,6	20,7	+1,8
Leipzig	16,7	15,9	15,8	16,0	16,8	15,3	16,9	17,1	+0,5
München	17,6	18,0	18,5	18,4	18,0	18,1	19,1	18,1	+0,1
Nürnberg	17,7	17,9	18,0	17,3	17,9	19,3	20,6	19,2	+2,0
Stuttgart	16,8	18,6	20,7	19,3	20,4	21,2	20,5	18,8	+0,6

T10 | Armutsgefährdungsquoten ausgewählter deutscher Großstädte 2016 sowie Kosten für Unterkunft, Heizung und Haushaltsbudget von SGB II-Empfängerinnen und Empfängern im Dezember 2016

Städte der Bundesrepublik	Armutsgefährdungsquote 2016		Kosten der Unterkunft im Dezember 2016 ¹⁾	Haushaltsbudget ¹⁾ im Dezember 2016
	Regionalmedian	Nationalmedian		
	%		€	
Berlin	16,6	19,4	471	1 175
Bremen	18,7	20,9	421	1 163
Dortmund	17,6	24,2	450	1 168
Dresden	16,0	17,7	383	1 035
Duisburg	14,8	22,8	409	1 132
Düsseldorf	21,6	16,6	491	1 180
Essen	19,8	21,2	455	1 160
Frankfurt am Main	20,2	16,6	546	1 250
Hamburg	18,3	14,9	495	1 176
Hannover	21,0	22,0	409	1 176
Köln	20,7	20,0	503	1 209
Leipzig	17,1	22,4	328	973
München	18,1	10,0	598	1 288
Nürnberg	19,2	23,3	451	1 158
Stuttgart	18,8	13,8	553	1 280

1) Kosten für Unterkunft und Heizung sowie Haushaltsbudget der Regelleistungs-Bedarfsgemeinschaften.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; die Angaben für Unterkunft und Heizung beziehen sich auf die gesamte Region Hannover.

für Dresden, Hamburg, München und Stuttgart; recht ungünstige Werte ergeben sich für Dortmund, Essen, Hannover, Köln und Nürnberg.

Ergänzende Daten aus EU-SILC über soziale Deprivation im Bundesvergleich

Die Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen in Europa (EU-SILC) liefert ergänzende Informationen über die materielle Deprivation der Privathaushalte. Daten für Niedersachsen und Deutschland stehen für die Berichtsjahre 2014 und 2015 zur Verfügung; die Tabelle T11 zeigt daraus ausgewählte Ergebnisse⁸⁾. Bei deren Interpretation ist zu beachten, dass EU-SILC auf freiwilliger Grundlage durchgeführt wird und außerdem eine erheblich geringere Stichprobenbasis als der Mikrozensus hat; in Niedersachsen beteiligten sich ca. 1 300 Haushalte. Die Ergebnisse haben daher nicht die Zuverlässigkeit und Genauigkeit der Mikrozensus-Daten, sind aber eine wertvolle Ergänzung, weil sie Informationen liefern, die über die bloße Armutsgefährdungsberechnung auf Basis von Einkommensangaben hinausgehen.⁹⁾

Laut EU-SILC konnten sich in Niedersachsen im Jahr 2015 21 % der Haushalte keinen mindestens einwöchigen Ur-

8) Die Tabelle T11 zeigt positiv den Anteil der Haushalte, die sich bestimmte Dinge leisten können. Im Text mit seinem Akzent auf Armutsgefährdung ist die Darstellung umgekehrt.

9) Ab dem Berichtsjahr 2020 ist geplant, die Erhebungen EU-SILC und Mikrozensus miteinander zu verschmelzen. Dies ist ein methodisch und organisatorisch sehr aufwändiges Projekt, das aber – wenn es gelingt – große Erkenntnisfortschritte zu liefern verspricht.

laub leisten. 6,9 % der Haushalte waren nicht in der Lage, wenigstens jeden 2. Tag eine hochwertige Mahlzeit zu sich zu nehmen. 3,4 % der Haushalte konnten ihre Wohnung nicht angemessen heizen. Ein großes Armutsrisiko stellten unerwartet anfallende Ausgaben dar, wie sie z. B. bei einer Autoreparatur anfallen können: 30,7 % der Privathaushalte waren nicht in der Lage, eine unerwartete Ausgabe von über 980 € aus eigener Kraft zu schultern. Die entsprechenden Daten für das Jahr 2014 und für Deutschland insgesamt bewegen sich in sehr ähnlicher Größenordnung – die Unterschiede sind marginal, scheinen eher zufällig, und eine klare Entwicklungstendenz ist nicht zu erkennen. Das deutet darauf hin, dass insgesamt die Armutsgefährdung und das Ausmaß sozialer Deprivation in Niedersachsen in etwa im nationalen Durchschnitt liegen. Die nach dem „Regionalkonzept“ berechnete Armutsgefährdungsquote scheint realitätshaltiger zu sein als die nach dem „Nationalkonzept“ ermittelte: Die nach dem ersten Konzept ermittelte Quote liegt nur 0,3 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt, wohingegen die nach dem zweitgenannten Konzept ermittelte Quote einen vollen Prozentpunkt größer ist.

T11 | Finanzielle Belastung der Privathaushalte in Niedersachsen und Deutschland 2014 und 2015 nach Belastungsart

Der Haushalt kann es sich leisten ...	Niedersachsen	Deutschland	Niedersachsen	Deutschland
	2014		2015	
	%			
... mindestens eine Woche Urlaub pro Jahr woanders als zu Hause zu verbringen	77,6	78,8	79,0	80,1
... jeden 2. Tag eine hochwertige Mahlzeit zu essen	93,4	92,3	93,1	92,6
... unerwartet anfallende Ausgaben in Höhe von mindestens 980 € zu bestreiten	68,1	67,1	69,3	69,2
... die Wohnung angemessen zu heizen	94,5	95,0	96,6	95,7

Quelle: EU-SILC.

Armutsgefährdung von Ausländerinnen und Ausländern im Zeit- und Regionalvergleich

Die Armutsgefährdungsquote der Ausländerinnen und Ausländer in Niedersachsen lag 2016 bei 43,0 % und damit erheblich höher als die der Deutschen mit 13,5 % (vgl. T5). Etwas weniger deutlich ist der Unterschied der entsprechenden Quoten bei den Menschen mit (30,9 %) und ohne Zuwanderungsgeschichte¹⁰⁾ bzw. Migrationshinter-

10) Die Begriffe „Menschen mit Migrationshintergrund“ und „Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“ sind synonym. Da der Begriff des „Hintergrunds“ in der Tendenz negativ konnotiert ist, wird in diesem Beitrag der synonyme Begriff der „Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“ verwendet. Diese Menschen haben eine besondere Geschichte, und sie haben davon auch eine Geschichte zu erzählen. Vgl. hierzu Zufall, G.: Das Jahr in Zahlen: Lebensverhältnisse – Menschen mit Migrationshintergrund in Niedersachsen 2016, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen, Heft 10/2017, S. 515ff.

T12 | Armutsgefährdungsquote der Ausländerinnen, Ausländer und der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (Regionalkonzept)

Land Merkmal	Jahr							
	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Baden-Württemberg								
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	31,8	30,3	29,8	28,9	29,2	30,5	30,3	31,4
Migrationshintergrund	25,1	23,7	23,8	23,9	23,8	24,4	25,0	25,3
Bayern								
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	30,9	27,7	26,9	26,2	27,1	27,9	28,5	29,0
Migrationshintergrund	26,0	23,9	23,0	22,8	23,3	24,1	24,3	24,0
Berlin								
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	33,2	30,1	32,0	30,7	28,7	29,3	30,1	33,6
Migrationshintergrund	30,3	26,8	28,3	27,5	26,4	25,9	27,8	30,9
Bremen								
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	39,1	41,7	35,5	38,0	45,0	37,0	37,8	38,9
Migrationshintergrund	33,4	33,8	29,3	32,2	33,8	28,8	31,1	31,7
Hamburg								
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	36,6	35,4	35,5	36,1	38,0	36,2	40,6	40,6
Migrationshintergrund	33,8	34,3	34,3	34,4	35,3	32,9	36,1	35,7
Hessen								
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	34,9	32,6	31,3	32,5	32,4	30,9	32,7	34,3
Migrationshintergrund	29,8	27,2	26,9	28,2	28,2	27,6	28,2	28,4
Niedersachsen								
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	43,0	36,7	35,4	36,5	36,0	36,6	40,5	43,0
Migrationshintergrund	33,2	29,1	28,5	28,7	28,5	27,7	30,2	30,9
Deutsche	13,1	12,9	13,8	13,9	14,5	13,8	14,0	13,5
Nordrhein-Westfalen								
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	37,2	34,4	36,7	36,3	36,2	38,0	37,8	40,5
Migrationshintergrund	30,0	28,3	29,2	29,0	28,8	30,1	29,7	30,4
Rheinland-Pfalz								
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	37,0	33,8	34,6	32,1	35,7	36,1	36,2	40,7
Migrationshintergrund	29,8	28,2	29,1	27,0	28,8	28,8	28,5	30,0
Saarland								
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	31,9	30,7	35,2	34,1	36,5	37,7	32,6	41,9
Migrationshintergrund	26,9	24,4	27,6	26,8	29,5	28,9	24,6	30,9
Schleswig-Holstein								
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	44,2	42,4	40,2	38,3	42,4	37,9	39,9	45,0
Migrationshintergrund	34,9	33,4	32,1	31,2	31,9	30,5	33,5	34,9
Ostdeutschland (einschl. Berlin)								
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	34,6	33,2	31,6	31,8	30,8	31,7	36,1	37,9
Migrationshintergrund	31,9	29,4	27,9	27,1	26,7	26,6	31,1	32,1
Deutschland								
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	34,3	31,7	31,6	31,5	32,0	32,5	33,7	35,5
Migrationshintergrund	28,2	26,2	26,1	26,3	26,6	26,7	27,7	28,0
Deutsche	11,1	11,5	12,2	12,3	12,7	12,6	12,7	12,5

grund (12,2 %). Die Diskrepanz dieser Werte zwischen Deutschen/Nichtdeutschen bzw. Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte ist auffällig. Aus drei Gründen lohnt es sich, diese näher im Zeit- und Ländervergleich zu untersuchen; das Material dafür steht in der Tabelle T12:

1. Der Unterschied zwischen den Quoten der Deutschen und Nichtdeutschen beträgt 29,5 Prozentpunkte und ist damit außerordentlich hoch. Die Quote der Nichtdeutschen ist mehr als dreimal so hoch wie die der Deutschen. Dies markiert eine starke soziale Spaltungslinie zwischen großen Bevölkerungsgruppen.
2. Diese Differenz schwindet nicht nur nicht, sondern nahm im Zeitverlauf seit 2011 sogar zu. Besonders stark war die Zunahme ab dem Jahr 2014 – die Ursache dafür liegt überwiegend an der transnationalen Zuwanderung durch Flüchtlinge und Schutzsuchende in den Jahren 2015 und auch 2016. Die Armutsgefährdungsquote der Deutschen hat demgegenüber seit 2013 eine abnehmende Tendenz (vgl. T5).
3. Das Land Niedersachsen hat hier ein besonderes Problem, denn hier ist die Differenz zwischen den Quoten der Deutschen und Nichtdeutschen – die es zunächst

einmal in allen Ländern gibt – besonders stark ausgeprägt. Die Tabelle T12 zeigt dies im Ländervergleich (für die ostdeutschen Flächenländer konnten entsprechende Daten aus methodischen Gründen nicht berechnet werden, sondern nur für Ostdeutschland insgesamt). Die Quote von 43,0 % ist nach Schleswig-Holstein (45,0 %) die zweithöchste im Bundesgebiet. Der Unterschied zwischen der Quote der Deutschen und der der Nichtdeutschen betrug in Niedersachsen im Jahr 2016 29,5 Prozentpunkte – im Bundesgebiet waren es „nur“ 21,5 Punkte. Auch diese Differenz ist persistent: Bereits im Jahr 2005 war der Abstand der beiden Quoten in Niedersachsen mit 29,9 Punkten erheblich höher als bundesweit (23,2 Punkte).

Ein wichtiger Grund dafür könnte darin liegen, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt in Niedersachsen für Ausländerinnen und Ausländer schwieriger zu sein scheint als anderswo. Die Bundesagentur für Arbeit ermittelte für das Jahr 2016 die folgenden Arbeitslosenquoten für alle zivilen Erwerbstätigen¹¹⁾:

Deutsche:
Niedersachsen 5,0 %, Bund 5,2 %;

Ausländerinnen und Ausländer:
Niedersachsen 19,2 %, Bund 15,3 %.

Hier ist eine ähnliche Diskrepanz wie bei den Armutsgefährdungsquoten erkennbar: Die Arbeitslosenquote der Nichtdeutschen lag in Niedersachsen 14,2 Prozentpunkte höher als die der Deutschen; bundesweit betrug der Abstand „nur“ 10,1 Punkte.

Dies ist aber nur ein erster Hinweis; eine differenzierte Ursachenanalyse – die auch Faktoren wie z. B. Nationalität, Qualifikation und Familienstrukturen berücksichtigen muss – ist auf jeden Fall erforderlich. Das Landesamt für Statistik Niedersachsen sieht es als seine Aufgabe an, daran mitzuwirken.

11) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosenquoten (Monatszahlen und Jahresdurchschnitt), Deutschland und Regionen 2016.